

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

22.7.1925 (No. 167)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsteil:
Chefredakteur:
E. K. A. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kaszenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigengebühr, zwangsweiser Verbreitung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferanten, hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die deutsche Note

Wir entinnen uns nicht, daß in den Jahren seit dem Ende des Krieges eine wichtige diplomatische Note allseitig eine so gute Aufnahme gefunden hätte, wie die deutsche Note zum Sicherheitspakt, die jetzt der französischen Regierung überreicht worden ist. Diese gute Aufnahme ist ein erfreuliches Zeichen und sicherlich geeignet, die Hoffnung auf eine wahre Befriedung Europas zu festigen.

Die Note ist sehr geschickt, sehr würdig und sehr taktvoll abgefaßt. Der deutsche Standpunkt wird mit Ernst gemahnt. Es geschieht das aber in Wendungen, die nirgends verletzen können und dadurch, daß sie gerade an die Friedensliebe des Partners appellieren, sich von vornherein Beachtung erzwingen. Denn auch Frankreich begründet ja seine Geneigtheit zu einer Diskussion der deutschen Sicherheitsvorschläge mit seiner grundsätzlichen Friedensliebe und mit seiner Bereitschaft, einen Zustand wahrer Versöhnung herbeizuführen zu helfen.

Die deutsche Note weist in ruhigen und überzeugendem Tone nach, daß einzelne Stellen der bekannten Antwortnote Briand's Mißverständnisse hervorgerufen, ja die Gefahr neuer Komplikationen herausbeschwören können und deshalb einer Aufklärung in mündlichen Besprechungen bedürfen. Eine internationale Konferenz schlägt die deutsche Reichsregierung zur Genugtuung Frankreichs nicht vor, sie verweist vielmehr auf die Notwendigkeit mündlicher Verhandlungen und empfiehlt deren raschen Beginn. Hoffentlich werden sich in diesen Verhandlungen jene eben erwähnten Mißverständnisse beseitigen lassen, zumal die jetzige deutsche Note das, was uns Bedenken verursacht, in offener Weise darlegt.

Es ist vor allem der Wunsch Frankreichs, als Garant der noch abzuschließenden östlichen Schiedsverträge aufzutreten zu können, und die damit verbundene Möglichkeit, daß sich Frankreich bei irgend einem Streitfall, ohne ein objektives Verfahren abzuwarten, an Polens Seite stellt und in Deutschland einmarschiert, es sind diese beiden Momente, welche uns besorgt machen. Es wäre gut, wenn Frankreich sich davon überzeugen ließe, daß Sonderrechte, die über den Rahmen der Völkerbundsabmachungen hinausgehen, ohne Gefährdung der europäischen Sicherheit nicht gefordert werden können.

Den Eintritt in den Völkerbund wünscht die deutsche Reichsregierung nach wie vor, aber sie stößt sich gleichfalls nach wie vor an dem bekannten Artikel 16 der Statuten, der die Gefahr für Deutschland in sich birgt, daß es in einem Zustande der Wehrlosigkeit zum Kriegsschauplatz gemacht wird. Mit Recht sagt die Note, Deutschland könne als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung die in den Völkerbundsabmachungen und in der Einleitung zu Teil 5 des Versailler Vertrags vorgegebene Allgemeine Abrüstung folgt. Es müsse, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitpanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung ausfüllt. Also auch hier ist Deutschland zu vernünftigen Verhandlungen durchaus bereit.

Eine Änderung der Friedensverträge soll auch nach der deutschen Auffassung durch den Sicherheitspakt nicht herbeigeführt werden. Doch betrachtet die deutsche Regierung es als selbstverständlich, daß für die Zukunft die Möglichkeit offen bleibt, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Und ebenso ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß, wenn der Sicherheitspakt zustande kommt, dies eine so bedeutsame Neuerung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Frage der Besetzung bleiben dürfte. Deutschland erwartet hier also Widerungen.

Die Aufnahme der deutschen Note in der Pariser Öffentlichkeit ist, wie gesagt, nicht schlecht und vielversprechend. Allerdings schreibt der Temps, daß in der Frage des § 16 der Völkerbundsabmachungen Frankreich durchaus auf dem Recht bestehe, Polen zu Hilfe zu eilen, wenn dieses von Rußland angegriffen wird, und daß eine Abänderung der Besatzungsvorschriften in den Rheinländern wohl nicht zugestanden werden könne, wie auch von einer allgemeinen Abrüstung keine Rede sein dürfe. Was die Frage eines russischen Angriffs auf Polen anlangt, so wäre es unserer Meinung nach immer in ein Unterchied, ob der Völkerbund dann von sich aus eine Schutzaktion beschließt, oder ob Frankreich auf eigene Faust Polen zu Hilfe zieht. Die allgemeine Abrüstung aber ist eine Angelegenheit, von der ohnehin jeder Politiker weiß, daß sie

sich nicht im Sandumdrehen wird erledigen lassen. Um die Abänderung der Besatzungsvorschriften in den Rheinländern wird mit der Zeit ganz von selbst kommen, wenn erst einmal der Sicherheitspakt beschlossene ist und seine Rolle als Verhängnisfaktor zu spielen begonnen hat.

Jedenfalls ist die französische Regierung zu jenen mündlichen Verhandlungen, die Deutschland vorschlägt, bereit und betrachtet in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Pariser Presse die Note als ein Instrument, das diesen Verhandlungen einen nicht ungünstigen Verlauf prophezeit. In der Presse des übrigen Auslands wird die deutsche Note noch um einige Striche günstiger beurteilt. Wir können sonach der nächsten Zukunft in außenpolitischer Hinsicht mit einiger Hoffnung entgegenblicken. Diese Hoffnungen sind jedoch nicht ausschweifender Natur, vor Überraschungen ist man ja niemals sicher.

Mit Recht hat der deutsche Vorkämpfer in Paris mündlich darauf hingewiesen können, daß hinter der Note das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit steht. Und wenn er die der Regierungskoalition nicht angehörenden Demokraten und Sozialdemokraten zu dieser Mehrheit mitrechnet, so hat er damit vollkommen recht. Ebenso berechtigt ist es, darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Deutschnationalen dieser Note zugestimmt haben, obwohl sie sich durchaus auf der Linie unserer bisherigen Außenpolitik bewegt.

Eine solche Einmütigkeit ist innerpolitisch mit größter Freude und Genugtuung zu begrüßen. Sie schafft wenigstens für den Augenblick einen Zustand der Entspannung und der findet außenpolitisch seine Ergänzung in der Räumung des Ruhrreviers und der drei Sanktionsstädte, einer Räumung, die zum Teil bereits vollzogen, zum Teil noch im Gange, zum Teil angekündigt ist. Frankreich beweist mit dieser pünktlichen Räumung vor den Augen der ganzen Welt, also auch vor den Augen der Deutschnationalen, daß seine Worte von Versöhnung nicht nur, wie früher, eitel Schaumflügel sind, sondern auf richtigen Absichten entspringen, für welche die Tat allemal der beste Beweis ist. Und diese Tat liegt in der Räumung vor.

Der Wortlaut der Antwortnote

W.B. Berlin, 21. Juli. Die Antwortnote, die die deutsche Regierung am 20. Juli der französischen Regierung auf deren Note vom 16. Juni überreicht hat, hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat die von Seiner Erzellenz dem französischen Vorkämpfer Herrn de Marquerie am 16. Juni überreichte Note auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, eine Festlegung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten. Die alliierten Regierungen wünschen indes vor der Einleitung sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe konkreter Vorschläge, zu denen sie die Stellungnahme der deutschen Regierung erbitten. Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andere Richtung und fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu. Die deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des **Entgegenkommens** und der **friedlichen Verständigung**, aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Äußerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und ihre Stellungnahme zu Einzelpunkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

Friedensvertrag und Sicherheitspakt

Die alliierten Regierungen betonen in ihrer Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung demagt aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspactes wie er in den deutschen Anregungen skizziert wird, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege eines **friedlichen Übereinkommens** zu gegebener Zeit den veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzung des Völkerbundes derartige Notwendigkeiten Rechnung trägt. Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die geltenden vertraglichen Bestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Pactes nicht von einer Änderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen jedoch beabsichtigen, jene Bestimmungen

als für die Zukunft schlechthin maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen des Sicherheitspactes eine so bedeutsame Neuerung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Fragen der Besetzung bleiben dürfte.

Schiedsverträge und Garantie

In dem System, das die alliierten Regierungen in der Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entworfen, wird eine hervorragende Rolle den Schiedsverträgen zugewiesen, die Deutschland mit den ihm benachbarten Signalstaaten des Versailler Vertrags abzuschließen hätte. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System gibt jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die noch der Aufklärung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge beabsichtigt, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundsabmachung aufgebaut worden sind, erschöpfen nach Ansicht der deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiebliche Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf einen praktischen Erfolg herbeizuführen. Bei den alliierten Vorschlägen scheint an ein anderes System gedacht worden zu sein. Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die von den alliierten Regierungen vorgezeichneten **Ausnahmefälle**, in denen ein gewalttätiges Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll. Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der französischen und der königlich großbritannischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Absicht der alliierten Regierungen ein gewalttätiges Vorgehen ohne irgendein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann. Wenn das zutrifft, würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne ein vorhergehendes objektives Verfahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliege. Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgezeichnete Konstruktion einer Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte.

Die Garantien würden zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein. Der Garant hätte aber das Recht, nach freiem einseitigen Ermessen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen im gegebenen Falle zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, wer bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrages als Angreifer zu gelten hat, und zwar würde er diese Befugnis selbst dann haben, wenn er gegenüber dem einen Kontrahenten durch ein **Sonderabündnis** verpflichtet ist. Es liegt auf der Hand, daß das Garantiesystem durch derartige Konstruktionen einseitig zu **ungunsten Deutschlands** durchbrochen werden würde. Das Ziel der wirklichen Befriedung, wie es von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung möchte sich deshalb der Hoffnung hingeben, daß ihre Vorschläge in diesen Punkten von den alliierten Regierungen beseitigt werden können. Sie glaubt das umso mehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantiesystem sonst mit dem Geiste der Völkerbundsabmachung nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundsabmachung die Frage, ob eine Friedensförderung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte und objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden nach dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stützen, könnte sogar die Gefahr erneuter Verwicklungen heraufbeschwören.

Deutschland und der Völkerbund

Nach der Auffassung der deutschen Regierung würde für die Verwirklichung des Grundgedankens des deutschen Memorandums der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitspakt nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beimißt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indessen darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintritts selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf. Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen aus dem ihnen im September vorigen Jahres überreichten Memorandum, sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember v. J. bekannt. Die in der französischen Note aufgeführte Note des Völkerbundsrates vom 13. März dieses Jahres hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Übernahme der Verpflichtung aus Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgeräumt. Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrates bleibt die Gefahr bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat, der von stark gerüsteten

ten Nachbarn umgeben ist, der sich in zentraler Lage befindet und der in der Geschichte immer wieder der Schauplatz großer Kriege geworden ist, bei dem Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwirklichung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde. Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seine Abrüstung auch die in der Völkerbundsatzung in der Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden soll, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitdauer bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Diese Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen und wirtschaftlichen als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angedeuteten Zweifel und Bedenken glaubt sie in den wesentlichen Punkten bereits eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Anschauung feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch den weiteren Ausbau des Systems von Schiedsverträgen zu regeln. So weit wegen der Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das angestrebte Ziel fest im Auge behalten und der unerlässlichen Erfordernis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Rechnung tragen. Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden könnten, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für Ruhe und friedliche Entwicklung sowie für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Die Bedeutung der deutschen Note

Zur deutschen Note schreibt die deutsche Diplomatische Politische Korrespondenz, daß die in Paris überreichte Note der deutschen Regierung von der Feststellung ausgeht, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, gemeinsam mit der deutschen Regierung im Verständigungswege auf eine Festigung des Friedens hinzuwirken. Da die französische Note formulierte Vorschläge und die Forderung nach einer präzisen deutschen Stellungnahme enthalten hatte, war für die deutsche Antwort die Notwendigkeit kritischen Eingehens auf Einzelpunkte gegeben. Es sind also nicht bloß Rückfragen gestellt, sondern es ist zu den wichtigsten Grundproblemen deutscher Stellung genommen worden.

Im Schlusswort der deutschen Note wird der aufrichtige Wille Deutschlands, eine baldige Regelung der Sicherheitsfrage herbeizuführen, klar zum Ausdruck gebracht. Dieser ganze Passus mit seiner Hervorhebung bedeutamer Annäherung der beiderseitigen Anschauungen zeigt, daß bereits eine erhebliche Einigkeit über die Grundprinzipien herrscht, während es Aufgabe weiterer Erörterungen bleibt, in den noch offenstehenden Punkten zu einer Verständigung zu gelangen. — Daher wird die Notwendigkeit der Gleichberechtigung und der Gegenseitigkeit als Grundlage unterstrichen. „Wenn den durchaus sachlichen und gegenständlichen deutschen Bedenken“ — so schließt der Kommentar — „im gleichen Maße Rechnung getragen wird, in dem sie vorgebracht werden, so darf der zum Schluß ausgesprochene Wunsch für die Befriedigung der Welt als erfüllbar betrachtet werden.“

Eine französische Note an die alliierten Regierungen. Die „Journal“ berichtet, hat der Generalsekretär im Quai d'Orsay Berthelot, bereits eine Note ausgearbeitet, die angesichts der deutschen Note zur Sicherheitsfrage den alliierten Regierungen zugefandt werden soll. Diese Note soll die Punkte präzisieren, in denen es unmöglich sei, den Standpunkt Deutschlands anzunehmen.

Die Blätter zur deutschen Antwortnote

In ihren Kommentaren zur deutschen Antwortnote betonen die Berliner Blätter aller Parteirichtungen, daß die Note in erster Linie eine Zwischennote sei, dazu bestimmt, den Gang der Verhandlungen ohne Herbeiführung einer entschiedenen Wendung sachlich zu fördern. Nur die „Deutsche Zeitung“ bezeichnet es als bedauerlich, daß durch die deutsche Antwort auf dem unheilvollen Weg weitergeschritten wird, anstatt den ganzen Sicherheitsvorschlag in den Papierkorb zu werfen. Das Blatt begrüßt es, daß von deutscher Seite endlich öffentlich die Forderung auf Abrüstung in den anderen Ländern gestellt wird.

Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ äußern sich im allgemeinen zustimmend, heben aber hervor, daß sie in mancher Hinsicht eine deutlichere Sprache gewünscht hätten. — Die „Tägliche Rundschau“ begrüßt es, daß man die Verhandlungsbasis von vornherein nicht allzu sehr belastet. In wesentlichen Punkten bringe die Note eine Klärung der Situation. — Die „Germania“ bezeichnet die Note als geschickt auf die Psychologie eines Vertragspartners berechnet, bei dem erfahrungsgemäß die Form eine wesentliche Rolle spiele. —

Auch die „Vossische Zeitung“ glaubt eine günstige politische Atmosphäre dadurch geschaffen, daß die Note die Genugtuung über die Bereitschaft der alliierten Regierungen, gemeinsam mit der deutschen Regierung den Weg zur Verständigung zu betreten, ausdrückt, und die Annäherung der beiderseitigen Anschauungen feststellt.

Der „Vorwärts“, der dem ersten Teil der Note zustimmt, bezeichnet die Kritik der Reichsregierung an den französischen Vorschlägen, betreffend den Schiedsvertrag, als negativ.

Die deutsche Antwortnote findet in der englischen Presse eine günstige Aufnahme. Die Blätter heben den freundschaftlichen Ton der Note hervor, übersehen jedoch nicht, daß die aufgeworfenen wichtigen Fragen zu schwierigen Verhandlungen führen können. Die Presse hofft jedoch, daß das zum Schluß der Note ausgedrückte Vertrauen in ein positives Ergebnis weiterer Verhandlungen sich rechtfertigen wird.

Gilberus aus dem Ruhrgebiet. In einer Einladung an die Reichsregierung, die preussische Regierung und die verantwortlichen Körperschaften verlangten die Ruhr-Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg, Bielefeld, Essen und Münster das sofortige Eingreifen der verantwortlichen Stellen, um eine wirtschaftliche Katastrophe im Ruhrgebiet zu verhindern. Die Absatzkrise im Kohlenbergbau nötige zu immer weiteren Entlassungen. Die Entwicklung schreite jetzt bis zum Herzen des Ruhrreviers vor. Es sind bereits neue Stilllegungen mit einer Belegschaft von einigen 10 000 Arbeitern gemeldet. Es handle sich um durchaus leistungsfähige, wirtschaftlich bedeutende Betriebe. Mit den fortschreitenden Stilllegungen würden die Gemeinden durchweg finanziell leistungsunfähig, so daß sie ihrerseits weber ihren Verwaltungsaufgaben noch der Arbeitslosenunterstützung gerecht werden könnten. Es drohe eine „nicht wieder gutzumachende weitgehende Zerstörung des Ruhrbergbaues“, wenn nicht sofort eingeschritten werde.

Deutscher Reichstag

BRB. Berlin, 21. Juli.

Das deutsch-französische Abkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet wurde debattiert und dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann folgte die zweite Beratung zur

Änderung des Reichsverorgungsgesetzes

und anderer Verorgungsgesetze. Nach dem Entwurf wird die Grundrente der Kriegsbeschädigten um 50 Prozent erhöht. Der Ausschuss hat der Vorlage zugestimmt, und ersucht in einer Entschließung die Reichsregierung, durch entsprechende Verordnungen die in der Verwaltungskasse bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge zutage tretenden Mängel zu beseitigen.

Abg. Rohmann (E.) führt aus, die große Last, die Deutschland aus der Versorgung der vielen Kriegssopfer erwächst, könnte wesentlich leichter sein, wenn von nationalaltruistischer Seite nicht leichtfertig die Friedensmöglichkeiten zerstört worden wären. (Beifall links, Unruhe rechts.) Die Mittel für eine angemessene Entschädigung seien vorhanden, wenn die Regierungsparteien sich der Besteuerung der Inflationsgewinne und anderer sozialistischer Anträge nicht widersetzten hätten.

Abg. Gericke (Z.) verteidigt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien die Mängel gegen die Angriffe des sozialistischen Redners. Dem einmütigen Willen zur Hilfe für die Kriegsbeschädigten sei durch die beschränkten Mittel der Regierung eine Grenze gezogen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weist verschiedene Angriffe des Abg. Rohmann zurück. Das neue Gesetz sei keineswegs ein sozialer Rückschritt gegenüber dem alten Gesetz, sondern ein wesentlicher Fortschritt. Man müsse auch die Arbeiter- und Berufsfürsorge zugunsten der Kriegsbeschädigten berücksichtigen, die sich dadurch bewährt hat und in Deutschland vorbildlich für andere Länder geworden ist. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Bubjahn (D.) betont, der Abg. Rohmann habe im Ausschuss selbst gesagt, daß er nicht so optimistisch sei und annehme, daß alle Anträge verwirklicht werden könnten. (Gürt, hört! rechts.)

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) begründet einen kommunizistischen Änderungsantrag, der die Unterstützungssätze über die Zuschußvorlage hinaus erhöhen will.

Abg. Dr. Deuß (D.) hebt hervor, daß die gegenwärtige Vorlage für die Kriegsbeschädigten zu begrüßen sei, namentlich auch, daß ein Särtesfonds eingestellt worden ist. Es seien Profanen des Dankes gegeben worden. Zu hoffen sei, daß diese Profanen nicht in der Behördenluft und Juristenerkenntnis untergingen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) kritisiert, daß der Reichsfinanzminister sich in dieser Frage einen Teil der erforderlichen Summe nur durch Abschneiden habe entnehmen lassen.

Von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, Kommunisten und Völkischen ist folgende Entschließung eingegangen: „Der Reichstag nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches den Anträgen, die sich auf die Wiedereingewöhnung der durch die 12. Ergänzung zum Reichsbeschäftigungsgesetz abgeordneten bezöhen, gesetzlich gewährleisteten Zulagen an Juristenerkenntnis untergingen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)“

Von Regierungseite wird gegen die Anträge der Opposition Stellung genommen, weil sie eine unerträgliche finanzielle Mehrbelastung des Reiches erörtern würden. Die Anträge der Opposition werden abgelehnt und die Vorlage noch in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Angenommen wird weiter die von den bürgerlichen Parteien eingebrachte Entschließung, die die Regierung um eine Aufbesserung der Renten ersucht, sobald die finanziellen Verhältnisse dies gestatten, eine entsprechende Gesetzesvorlage einbringt.

Gegen 10 Uhr abends wird darauf die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über das Recht zum Tragen einer Militäruniform fortgesetzt.

Präsident Voelke leitete die Beratung mit folgender Erklärung ein: Diese Beratung ist am Freitag abend durch Unruhen unterbrochen worden. Die Folge ist eine Beschwerde der völkischen Fraktion gegen den amtierenden Vizepräsidenten Dr. Vell gewesen, mit der sich der Vizepräsident beschäftigt hat. Vizepräsident Dr. Vell hat glaubhaft nachgewiesen, daß er bei dem allgemeinen Lärm die einzelnen Bemerkungen des Redners und die Zwischenrufe nicht verstehen konnte. Außerdem ist im Stenogramm festgestellt worden, daß Abg. v. Ramin gesagt hat: „Ans wasserländisch Denkenden ist diese Revolution und diese Republik das Symbol einer händischen Unterwürigkeit gegen den äußeren Feind (lebhaft Zurufe).“ Die Republik ist die jetzige Staatsform Deutschlands, während die Monarchie die frühere war. Ich werfe nur die Frage auf, wenn ein Redner früher sich erlaube hätte, in so würdeloser Weise über die Monarchie zu sprechen, ob er in diesem Hause seine Rede hätte weiter beenden können. (Sehr gut! links.) Heute ist es nicht mehr möglich, dem Redner das Wort zu entziehen. Ich kann den Abg. v. Ramin jetzt nur noch dafür zur Ordnung rufen. (Beifall links.) Der Lärm hat sich gesteigert, als Abg. v. Ramin dann sagte, er sei dabei gewesen, wie ungefähr 80 waffenlose Offiziere umgebracht worden sind. Diese Behauptung ist durch Zwischenrufe bestritten worden, jedenfalls ist schon jetzt festgestellt, daß er nur von 13 Offizieren gesprochen haben will. (Hört, hört! links.) Jedenfalls mußte ich auf bei dieser Gelegenheit erfolgte Bemerkungen der Abg. Sollmann, Grafmann, Kirchmann und Müller-Franken zur Ordnung rufen. Der Abg. v. Ramin hat darauf dem Abg. Sollmann gesagt: „Sie Jammerlappen, wenn Sie morgen ohne den Schutz der Immunität mir gegenüber ständen, würde ich mit der Waffe in der Hand anders mit Ihnen reden.“ Ich kann darin nichts anderes sehen als die Bedrohung mit Kesselschlag gegen einen andern. Hätte ich als Präsident diese Bemerkung gehört, dann würde ich den Abg. v. Ramin aus dem Saale gewiesen haben. (Beifall links.)

Abg. v. Ramin setzt hierauf seine am Freitag abgebrochene Rede fort. Er erklärte, er habe in Steglitz ein Lastauto gesehen, das bei dem geschichtlichen Vorgang mit uniformierten Leuten besetzt war und von zwei bewaffneten Leuten geführt wurde. Dieses Auto, so erklärte der Redner, fuhr ab und bald darauf verbreitete sich das Gerücht, sämtliche darauf befindlichen Leute seien erschossen worden. (Zurufe links: Gerücht? Vorher wollten Sie doch selbst dabei gewesen sein.) Dann wurde das Auto in der Kolonnenstraße von einer großen Menschenmenge umgeben; daneben lag eine gräßlich verstümmelte Leiche. Von den Zuschauern wurde mir gesagt, es wären sämtliche in dem Auto befindlichen Leute erschlagen worden. (Zurufe links: Dann werden Sie selbst also doch nicht dabei!) — Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) ruft: „Er hat schon wieder gelogen“ und erhält dafür einen Ordnungsruf. — Ich habe drei Leute gefunden, die dabei gewesen sind. Sie haben mir bestätigt, daß sie schwer verletzt worden sind und monatelang im Krankenhaus gelegen haben. Die beiden Herren sind lei-

der gleich zu Anfang schwer verletzt liegen geblieben und können deshalb nicht genau sagen, wieviele Herren erschlagen worden sind. In der Presse stand aber, daß es 18 gewesen sind. Eine amtliche Untersuchung des Vorganges hat leider nicht stattgefunden. (Hört, hört, rechts.) Öffentlich wird sie jetzt nachgeholt. Abg. Kuhn, der hier eine Debatte gehalten hat, wird als unfähiger Phrasendrescher von seinem eigenen Parteigenossen Roste bezeichnet in dessen Buch „Von Kiel bis Kapp“. (Beifall und Zurufe — Gelächter rechts.)

Abg. Brünningshaus (D.Vp.) legt scharfe Verwahrung ein gegen die Rede des Abg. Kuhn. Das sei eine Debatte gewesen, die wohl nicht auf seinem eigenen Boden gewachsen sei. (Zurufe rechts: Auf dem roten Felde! — Weiterkeit.)

Nachdem noch der Abg. Nibel (Komm.) sich in scharfer Weise gegen die Vorlage ausgesprochen hat, verlagert sich auf Antrag des Abg. Dr. Haas (Dem.) gegen 11 Uhr nachts das schwachbesetzte Haus auf Mittwoch nachmittags halb 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die außenpolitische Aussprache mit den dazu gestellten Anträgen und Interpellationen.

Im auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde das vorläufige Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem griechischen Republik dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages überwiesen. — Das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und dem belgisch-luxemburgischen Wirtschaftskommission wurde dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages zur Weiterberatung überwiesen, und dazu folgende Entschließung angenommen: „Die Reichsregierung wird ersucht, mit der belgischen Regierung nochmals in Verhandlungen wegen Beseitigung aller für Deutsche in der belgischen Kolonialzone und in den von Belgien in Afrika verwalteten Gebieten bestehenden Diskriminierungen einzutreten.“ — Im weiteren Verlauf der Sitzung des Ausschusses berichtete Staatssekretär Dr. Trendelenburg über die deutsch-französische Handelsbeziehungen und über die Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich vom 11. Juli 1925, bezügl. den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saar- bezugsgebiet.

Im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages nahm Reichslandwirtschaftsminister Graf Kanitz Stellung zur Frage der Agrarzölle, wie sie sich jetzt nach der Agrar-Enquete darstellen. Der Minister wandte sich gegen den Standpunkt, daß man zur Begründung der Zölle nicht die gegenwärtige Wirtschaftslage heranziehen könne. Erforderlich sei in der Landwirtschaft, wie auch der Enqueteausschuss festgestellt habe, eine Intensivwirtschaft, die durch einen mäßigen Schutz Zoll gefördert werde. Anschließend hebt der Minister hervor, daß er nicht geglaubt habe, daß die Agrar-Enquete zu einem so positiven Ergebnis im Sinne der Agrarzölle kommen würde, wie es tatsächlich der Fall sei. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betonte, für die Beurteilung der gegenwärtigen Zollvorlage sei entscheidend, daß die meisten Staaten eine himmelhohe Schutz-zollpolitik betreiben und daher auch Deutschland nicht in der Lage ist, etwa seinerseits eine Politik des Freihandels zu treiben. Auf die Dauer sei diese gegenseitige Abperrung ein Ding der Unmöglichkeit.

In einer gemeinsamen Beratung der Vertreter der Regierungsparteien mit dem Reichsminister ist — den Blättern zufolge — Dienstag abend das Zollkompromiß abgeschlossen worden. Durch die Vereinbarung ist eine Reihe von Anträgen der Regierungsparteien zu den Agrarzöllen festgelegt worden. Die Mindestzölle für Getreide sollen fallengelassen werden. An ihre Stelle treten die autonomen Zölle in der Höhe von 7 bis 7,50 M. Für die Einfuhr von Vieh werden Mindestzölle eingeführt, die über den Vorkriegszöllen liegen.

Die Neueinführung der Umsatz- und Luxussteuer

Der Steuerentwurf des Reichstages trat am Dienstag in die zweite Lesung der Umsatzsteuer ein. Die Regierungsparteien haben einen Antrag gestellt, die Handlungsgewinne und Mäcker, sofern sie Bücher führen und ihre Kassenbücher nicht mehr als 1500 M. betragen, zu befreien. — Ein weiterer Antrag der Regierungsparteien will den Steuerfuß der Luxussteuer mit Wirkung vom 1. Okt. 1925 ab von 10 auf 7 1/2 % herabsetzen. Im übrigen soll an der in erster Lesung beschlossenen Sentung der Umsatzsteuer auf 1 1/4 % vom 1. Okt. 1925 ab festgehalten werden. Vertreter der demokratischen Partei, der Sozialdemokraten und der Kommunisten hielten beide Anträge für unzureichend und verlangten eine weitere Herabsetzung der Sätze. Staatssekretär Dr. Köpitz bezeichnete die Anträge der Regierungsparteien als die äußerste Grenze, innerhalb derer ein Entgegenkommen möglich sei. Die Anträge der Regierungsparteien wurden schließlich angenommen.

Überfall auf einen italienischen Abgeordneten

Zeitungsmitteilungen aus Florenz zufolge wurde in der Gegenwart von Bjoja der oppositionelle Abg. Amendola und seine Begleiter, die im Auto von Montecatini nach Florenz fuhren, von mehreren Unbekannten durch Schüsse mißhandelt. Nach Meinung der Ärzte werden ihre Verletzungen in etwa 8—10 Tagen geheilt sein. Die Einzelheiten des Überfalls auf den Abg. Amendola werden in allen oppositionellen Zeitungen ausführlich abgedruckt. Diesen Blättern zufolge sei der Abgeordnete zuerst stundenlang in einem Gasthaus des Kurortes Montecatini blockiert worden, während seine Gegner eine feindliche Kundgebung veranstalteten und mehrfach versuchten, in das Haus einzudringen. Als es den Hunderten der Demonstranten gelang, den Widerstand der Schutzwache zu brechen, wurde der Abgeordnete im Gasthaus selbst verfolgt. Er konnte sich durch eine Seitentür retten. Einige gemäßigtere Elemente verfolgten die Angreifer zu beruhigen und ermöglichten es dem Abgeordneten, sich in einem Automobil zu entfernen. — Das Automobil wurde aber auf der Landstraße von etwa 15 Schwarzgehenden angehalten, die den Abgeordneten mit Schüssen und Säufen blutig schlugen, moartur er weiterfahren durfte. Die zweite Ausgabe des „Tribuna“ wurde wegen eines heftigen Kommentars über den Vorfall beschlagnahmt.

Kurze Nachrichten

Räumung. Der Landkreis Dinslaken ist von den Besatzungstruppen geräumt worden. Von dem Kreise Dinslaken ist nur ein Teil bei Balfum, der zum Sanktionsgebiet gehörte, besetzt gewesen. Die Räumung erfolgte ohne Zwischenfall.

Das Amnestiegesetz wurde in der heutigen Sitzung des Reichsrates in erster und zweiter Lesung mit 38 gegen 17 Stimmen angenommen.

Kündigung des Lohnvertrages bei der Reichsbahn. Nach längeren Verhandlungen ist von den Eisenbahner-Gewerkschaften, beschlossen worden, den mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn geschlossenen Lohnvertrag zum 31. August zu kündigen. Die Forderungen gehen im Wesentlichen auf eine Verringerung der Lohngruppen und auf Einführung einer Dienstalterszulage.

Offensive auf Bez? Meldungen aus Langer besagen, daß die Riffablen in härtester Lage die Offensive auf Bez fortsetzen und, teilweise die französische Front umgebend, dem Feinde in den Rücken fallen, was der letzte französische Heeresbericht aus Bez bestätigt.

Das Kaliwerk Buggingen

Finanzminister Dr. Köhler teilte dem Haushaltsausschuß des Landtags am Dienstag vom Kaliwerk Buggingen bei Müllheim aus telegraphisch mit, daß das Kalilager bei 788 m Tiefe in einer Mächtigkeit von rund 4 m erreicht worden sei. Aus Anlaß dieses nicht nur für das badische, sondern das ganze deutsche Wirtschaftsleben bedeutungsvollen Ereignisses dürfte ein kurzer Rückblick auf den bisher gegangenen Weg von Interesse sein.

Im Jahr 1910 nahm die Gewerkschaft Amelie in Müllheim als erste elsfässliche Unternehmung die Förderung von Kalisalz auf. Im selben Jahr wurden auch zur Gewinnung von Kali in Baden der Grundstein gelegt, denn am 15. Dezember 1910 erteilte die badische Regierung dem Dr. Fritz Elsbacher in Berlin die Konzession zur Gewinnung von Kalisalz. Dr. Elsbacher hatte mit seiner ersten, bei Hartheim bis zu 1154 m niedergebrachte Bohrung einen vollständigen Mißerfolg; es wurden weder Kalisalz, noch auch das dieses begleitende Steinsalz angetroffen. Der Mißerfolg spornete aber nur zu weiterer geologischer Forschung an, und mit neuem Vertrauen folgten nun in beträchtlichem Abstand von der ersten Fehlbohrung weitere Bohrungen nordwestlich, westlich und südwestlich von Buggingen, die hier endlich in einer Tiefe von 655 bzw. 708 und 880 m ein Kalilager erschlossen, das sich dem elsfässlichen mindestens gleichwertig an die Seite stellen konnte. Bei einem durchschnittlichen Kalisalgehalt von 24 % und einer Mächtigkeit von 4 m und darüber waren die Voraussetzungen zur Einleitung eines sicheren Erfolg verbürgenden Kalibergebauer gegeben.

Doch schon in diesem ersten Stadium zogen Gefahren heran, die alle Pläne im Keim zu ersticken drohten. Die Fülle bereits betriebener Kalibergerwerke, zum großen Teil auf sehr minderwertige Vorkommen gegründet, legte schon im Januar 1914 der Reichsgesetzgebung nahe, die Aufnahme neuer Kalibergerwerke zu unterbinden. In die Vorbereitung zu diesen Maßnahmen fiel der Beginn des Krieges, der zwar zunächst eine Revision des Kalifgesetzes aufhob, aber auch die Eröffnung des Kalibergebauer in Baden auf Jahre hinaus unmöglich machte. Zum Überflus wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes auch das Abteufen von Kalischächten formell verboten.

Anmittelbar nach Beendigung des Krieges aber setzten auch die Bemühungen der badischen Regierung ein, die Kalischächte, denen nach Verlust des Elsalz nun eine noch wesentlich erhöhte Bedeutung zukam, zur Erhaltung zu bringen. Auch der Kongress Dr. Elsbacher war bemüht, das Interesse eines der großen Kalikonzerne für die Erschließung seines Kongressgebietes zu wecken. Verhandlungen, die mit ihm und sonstigen großen Kaliinteressenten vom bad. Finanzministerium geführt wurden, gelangten jedoch nicht zu einem befriedigenden Abschluß und schienen die Hoffnungen auf einen badischen Kaliberbau in weite Fernen zu rücken. Auch die anfängliche Planung der neuen Kalifgesetzgebung droht dem Gedanken jeder neuen Kaliunternehmung gefährlich zu sein, denn es sollte an dem Schachttafelverbot festgehalten werden. Unermüdete Anstrengungen des badischen Finanzministeriums vermochten es jedoch durchzusetzen, daß in der am 22. Oktober 1921 erlassenen Verordnung des Reiches über die Abänderung der Vorschriften des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft, der Bau von 2 Schächten in Baden zugelassen wurde. Hiermit war wenigstens gefehlt die Bahn für den badischen Kaliberbau geöffnet. Sehr bald konnten nun auch wieder Verhandlungen aufgenommen werden, die diesmal zu einem glücklichen Abschluß führten und das Finanzministerium in die Lage setzten, dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Beteiligung an Kaligewerkschaften zu unterbreiten, der am 10. März 1922 die Billigung der Volksvertretung fand.

In vollem Vertrauen auf die Güte des erschlossenen Kalivorkommens und in Erkenntnis der großen Bedeutung des Kalibergebauer für das ganze Land hatte der Finanzminister dabei vorgeschlagen, daß sich das Land Baden zu einem Drittel an dem Unternehmen beteiligte. Der Landtag stimmte geschlossen zu. Träger des Unternehmens wurden die Gewerkschaften Baden und Markgräfler in Buggingen, deren Errichtung im April 1922 erfolgte, nachdem am gleichen Tag ein Vertrag zwischen dem Kaliwerk Krügershall A.G. zu Halle a. d. Saale und dem badischen Landesfiskus abgeschlossen worden war. Das Kaliwerk Krügershall ist ein Glied des Vorkammerwerks, dessen Leiter, Herr Gerhard Korte in Magdeburg, mit Unterstützung des obersten technischen Sachverständigen dieses Konzerns, Bergat Rost in Hannover, nun sofort alle Vorbereitungen für den Beginn des Schachttafelbaus in Angriff nahm.

Nachdem zuerst die Verhandlungen über den nötigen Grundenerwerb geführt worden waren, und Vorbohrungen für die Wahl des Schachtanfangspunktes stattgefunden hatten, wurde am 11. Oktober 1922 mit dem eigentlichen Schachttafelbau begonnen.

In der Zeitpanne zwischen damals und heute sind unendliche Schwierigkeiten überwunden worden. Es gehört zum Interessantesten, hierüber Finanzminister Dr. Köhler und seinen 1. Mitarbeiter auf diesem Gebiete, Oberbergat Rasmann erzählen zu hören. Zunächst zeigte sich, daß bei dem Durchteufen des diluvialen Kiefes Wasserzuflüsse auftraten, wie sie auf elsfässlicher Seite in diesem Ausmaß kaum bekannt waren. Der Gedanke, das Wasser mit Pumpen zu bewältigen, mußte daher sehr bald aufgegeben und zum Senkschachtverfahren übergegangen werden. Aber auch diesem stellten sich Schwierigkeiten infolge entgegen, als Geschlebe von ungewöhnlicher Größe das Teufen nur außerordentlich langsam fortsetzen ließen. Auch die Zubehöranahme von Lautern konnte es nicht verhindern, daß die Tagesleistung zeitweilig auf wenige Zentimeter zurückging.

Aber das Werk des Wasserabflusses gelang, womit wenigstens die technischen Schwierigkeiten überwunden waren. Bald

aber brachte die beginnende und immer rascher fortschreitende Inflation alle Schwierigkeiten der Finanzierung. Dem ersten Gesetz vom März 1922, mit dem man wenigstens eine Schachtanlage zu finanzieren gedachte, mußte zum gleichen Zweck im Dezember 1922 ein zweites Gesetz und schon im Februar 1923 ein drittes Gesetz folgen; dann aber brach sich die Erkenntnis durch, daß bei weiterem Fortschreiten auf diesem Wege das Unternehmen überhaupt nicht zu finanzieren sei. Man war sich klar darüber, daß das so hoffnungsvoll begonnene Werk zum mindesten eine zeitweilige, darum aber nicht weniger bedeutliche Unterbrechung erfahren müsse, wenn seine Geldverhältnisse nicht trotz Inflation auf eine sichere Grundlage zu stellen seien. Diese wurde gefunden durch die Einbringung werbeständiger Sachwerte in eine Valorisierungsgesellschaft, mit deren Hilfe dann auch in finanztechnischer Hinsicht der Fortbetrieb des Abteufens gesichert war. Die Arbeiten schritten nach Beendigung des Wasserabflusses in befriedigender Weise fort, so daß am Ende des Jahres 1924 eine Tiefe von rund 570 m erreicht war.

Nun war auch der Zeitpunkt gekommen, bei inzwischen stabil gewordenen Geldverhältnissen das Bauprogramm zu erweitern und hierfür Kostenvoranschläge aufzustellen, denen eine bessere Grundlage als bisher gegeben war. Im Januar 1925 genehmigte der Landtag das vierte Gesetz über die Beteiligung an Kaligewerkschaften. Der zweite Schacht wurde begonnen und, da man die Erreichung des Kalilagers mit dem ersten Schacht nunmehr in greifbare Nähe gerückt sah, auch der Ausbau der Tagesanlagen in energischer Weise gefördert. Mit Abschluß der ersten Jahreshälfte hatte der zweite Kalischacht die Wasser-schwierigkeiten in geradezu glänzender Weise überwunden, und das Kaliwerk näherte sich seiner Vollendung, damit, sobald das Kalilager erreicht war, auch schon Sicherheit geboten war, daß wenige Monate später die vorläufige Beteiligungsziffer für den ersten Schacht zu beantragen und zu bewilligen sei.

Das Kalilager ist am 19. Juli bei 788 m erreicht worden. Die Beschaffenheit des Kalilagers hat dabei alle Erwartungen erfüllt, welche das Finanzministerium und die gesamte Regierung gehegt hat, als sie im März 1922 die Billigung des Staates an Kaligewerkschaften dem Landtag vorzuschlagen und dieser die ersten Mittel hierfür bewilligte. Der Tag des Erreichens des Kalilagers durch den Schacht der Gewerkschaft Boden in Buggingen darf für die badische Wirtschaftsgeschichte als Ehrentag gelten, dessen Bedeutung sicherlich nicht hoch genug gewertet werden kann. Er ist ein Freudentag für alle diejenigen, die allen Mühseligkeiten technischer und finanzieller Art trotzend, in ungebrochener Initiative dem großen Ziele aufstrebten, an ihrer Spitze Finanzminister Dr. Köhler.

Die folgenden Jahre werden nun den Ausbau eines Wertes bringen, dessen Doppelschichtanlage einmal zu den schönsten Deutschlands gehören soll, aber schon im Spätjahr dieses Jahres wird man die Freude erleben, das gewonnene Kali von Buggingen abrollen zu sehen zur Verwendung für die badische und die ganze deutsche Landwirtschaft.

Zeitschriftenschau

Der Piper-Verlag für Kunst und Literatur, die Hauszeitschrift des Münchner Verlages H. Piper & Co., läßt soeben sein Sommerheft hinausgehen. Das Heft hat durchaus sommerlichen Charakter. In seinem Mittelpunkt stehen Aufsätze über Landschaft und Baukunst. Diese gehören ja ungetrenntlich zusammen, das Bauwerk trägt die Landschaft und wächst aus ihr hervor. Der Sommer ist auch die rechte Jahreszeit für den Genuß der Werke der Baukunst. Die Sonne zeichnet im scharfen Kontrast von Licht und Schatten die Körperlichkeit des Bauwerks bis in die feinsten Einzelheiten. Das Heft wird eröffnet von einer farbreichen Reisebilderung *Meresele* über einen Besuch der Akropolis. Der soeben viel zu früh gestorbene Meister von den Brüdern *Bottdam* und seine Landschaft. Hans Sehmair entwirft ein Bild vom Schaffen des großen Barockbaumeisters *Flischer* von Erlach, dessen Ruhm die Bauten in Salzburg, Prag, Wien, Breslau verkünden. Von Natur und Mensch in ihren gegenseitigen Beziehungen handeln die Betrachtungen *Kristian Morgensterns*. Joseph Gantner, der Verfasser eines reich illustrierten Buches über die *Schwelger* Stadt führt die buntemaligen Häuser in Stein a. M. im Bild vor. Die *Norddeutsche Stadt* ist mit dem wichtigen Turm der Jakobikirche in Stralsund vertreten. Von unserem Verhältnis zur *Griechischen Kunst* spricht Carl Weidert und zeigt dazu die prächtige *„Majende Minade“* von einer griechischen Kiste. Den Geist des *Waltos* macht Dautenheims sein geschlossener *Essig* auf *Bateau* und *Bouche* lebendig. Über die *Gattin Dostojewski*, deren Lebenserinnerungen zu den schönsten Frauenbüchern zählen, die wir besitzen, schreiben drei Frauen: Helene Wöhler, Helene Raff und Auguste Supper. Die *„Medea“* von *Delacroix*, ein besonderer Stolz der Berliner National-Galerie und der *„Don Quixote“* von *Daumier* werden in prächtvollen Vollbildern vorgeführt. Anobelsdorffs Kolonnaden von *Sanssouci* und *Fischer* von *Erlachs Wiener Karlskirche* und der *Altar der Salzburger Franziskanerkirche* führen uns die vielgestaltige Schöpferkraft dieser großen Architekten-Persönlichkeiten vor Augen.

So bietet der Piper-Verlag mannigfaltige Anregung und legt zugleich Zeugnis ab von der rüttigen Weiterentwicklung eines unserer angesehensten Verlage. Der Preis von 40 Pfg. ist denkbar niedrig.

Geschäftliches

Die *Eingangs* der *Bad. Konservatoriums* für Musik wird mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 15. September durch Errichtung weiterer Anfertigungen ausgebaut. Die Anmeldungen zum Eintritt in die ersten Eingangsklassen erfolgen am Mittwoch, den 22. Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. Juli nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr in der Gartenstraße 1, Eingang Karlstraße. Aufnahme finden Knaben und Mädchen aus den 4. und 5. Volksklassen, aus den 7. und 8. Klassen der höheren Mädchenschulen und aus Sexta und Quinta der Anabermittelschulen. Sitzungen sind zum Preise von 10 Pfg. bei der Anmeldung erhältlich. Die aufgenommenen Schüler und Schülerinnen sind zum lädenlosen, wenigstens einjährigen Besuch der *Eingangs* verpflichtet.

Badischer Teil

Die Verfassungsfeier

Die Reichsregierung und das badische Staatsministerium haben übereinstimmende Beschlüsse dahin gefaßt, daß die Verfassungsfeier in diesem Jahre in derselben Weise begangen werden soll, wie in den früheren Jahren. An den einzelnen Orten sollen die Feiern wieder von den Gemeinden veranstaltet werden. Die Beteiligung weitester Bevölkerungsteile ist im Hinblick auf die Bedeutung der Weimarer Verfassung für den Staat wie für das gesamte Volk dringend zu wünschen. Neben diesen Volksfeiern soll auch bei der Jugend das Interesse an der Verfassung und die Liebe zum Staat durch besondere Kinderfeiern geweckt werden. Der 11. August ist gebotenes Festtag und allgemeiner Feiertag.

3. Wettkampf für Körperausbildung der badischen Polizei und Gendarmerie

Die Eröffnungsfest

In der mit Fahnen und Lannengrün geschmückten Turnhalle der Polizeischule wurde am Dienstag mittag der 3. Wettkampf für Körperausbildung der badischen Polizei und Gendarmerie durch eine schlichte, eindrucksvolle Feier, zu der sich alle Teilnehmer an dieser sportlichen Veranstaltung eingefunden hatten, eröffnet. Polizeioberst *Blankenhorn* entbot den Erschienenen einen herzlichen Willkommgruß. Den sportlichen Kämpfen, die in den nächsten Tagen in Karlsruhe ausgetragen werden, komme in der körperlichen und geistigen Ausbildung der Polizei- und Gendarmeriebeamten eine besondere Bedeutung zu; es handle sich hier um einen Wettkampf, in dem die für einen Polizeibeamten wichtigsten Eigenschaften geprüft und gewertet würden: körperliche Kraft, Geistesgegenwart, Ausdauer. Die Kämpfe könnten diesmal in weitem Rahmen abgehalten werden, als in dem vergangenen Jahre. Zunächst habe das Programm dadurch eine Erweiterung erfahren, als neben einer Reihe leichtathletischer Wettbewerbe noch das für die Ausbildung der Beamten sehr wichtige Rettungsschwimmen, das in Zukunft in den Dienst der gesamten Polizei aufgenommen werden soll, Gewichtheben, Tauchen sowie eine Reihe Alterswettbewerbe aufgenommen werden seien. Aber auch die Zahl der Teilnehmer habe sich erfreulicherweise außerordentlich gehoben. Besonders zu begrüßen sei, daß in diesem Jahre auch die Beamten des Einzeldienstes sich in erheblicher Zahl an den Kämpfen beteiligen. Während im Jahr 1923 unter 350 Teilnehmer sich nur zwei Beamte des Einzeldienstes befunden hätten, würden diesmal mit rund 500 Teilnehmern 50 Beamte des Einzeldienstes erscheinen. Dazu tritt auch eine Reihe von Beamten der Gendarmerie. Der Redner gab hierauf einen Überblick über das vielseitige und nach allen Richtungen sorgfältig ausgearbeitete Programm der Sporttage, dessen wichtigste Punkte hier schon in der Vorbesprechung mitgeteilt wurden. Er hob dabei besonders hervor, daß bei aller Anerkennung der Notwendigkeit guter Spitzenleistungen, die anspornend und darum fördernd wirken, doch das Bestreben dahin gehen müsse, die Gesamtleistung zu heben. Das sei jetzt schon in sehr erheblichem Maße gelungen. So haben die Ausschreibungskämpfe für den Vereichtsmehrkampf, dessen Entscheidung am Donnerstag, den 23. Juli fällt bereits eine Erhöhung der Punktzahl um 500 Punkte gegen die Vorjahre ergeben. Sehr bemerkenswert sei auch, daß der Unterschied in den Leistungen der einzelnen Vereichtschaften sich immer mehr auszugleichen beginne. Mit besonderer Anerkennung gedachte der Redner dann der vorbildlichen Tätigkeit der Polizeisportvereine, die sich auch bewährt hätten. Er wies auf die großen Erfolge hin, die die badischen Polizeibeamten bei den Wettkämpfen in Darmstadt erzielen konnten und teilte dabei mit, daß auch die heftigsten Beamten diesmal an einzelnen Kämpfen in Karlsruhe teilnehmen werden. Im Rahmen der Karlsruher Wettkämpfe komme auch der Städtewettkampf der Polizeien des Einzeldienstes Stuttgart-Karlsruhe zum Austrag sowie das *Winterschneerundspiel* um die deutsche Polizeimeisterschaft im Faustball gegen den Polizeisportverein Hamburg. Die gesamten Wettkämpfe gipfeln am Samstag, den 25. Juli in einer Hauptveranstaltung auf dem Phoenix-Stadion im Wildpark, die die Entscheidungskämpfe für Leichtathletik, sowie *Polizei*, *Hundevorführungen* bringen wird. Daran anschließend erfolgt die Siegerverkündung und die Preisverteilung. Zum Schluß seiner übersichtlichen und eindringlichen Ansprache dankte der Polizeioberst für die vielen wertvollen Preise, die u. a. vom Staatsministerium, von einer Reihe badischer Städte, Verlagsanstalten und zahlreichen Firmen, von verschiedenen Körperschaften und Verbänden gestiftet wurden. Er sprach die Erwartung aus, daß auch in diesem Jahre ein vorbildlicher, lauterer und ehrenhafter Sport gezeigt werde. Gerade der Polizeibeamte müsse bei den Wettkämpfen ein Vorbild strenger sportlicher Einordnung und Selbstbeherrschung sein. Strenge Disziplin und Körperausbildung seien voneinander ungetrenntlich.

Die Feier war umrahmt von musikalischen Vorträgen der *Vereinigung badischer Polizeimuffler*. Vor dem Rednerpult waren auf mehreren Tischen die zahlreichen wert- und geschmackvollen Preise ausgestellt. Sie sind in ihrer überraschenden Reichhaltigkeit, ein Zeichen dafür, welches Verständnis und Interesse von den maßgebenden Stellen wie von weitesten Kreisen der Bevölkerung diesen sportlichen Veranstaltungen der badischen Polizei- und Gendarmerie-Beamten entgegengebracht wird.

Pianos-Harmoniums

erste Weltmarken,
zu günstigen Preisen und
Bedingungen.

KARL LANG

Kaiserstraße 167
D947 Telefon 1078
Salamanderschuhhaus

**Die Badische Landeselektrizitätsversorgung
N.G. (Badenwerk) Karlsruhe**

hat seinen Bericht über das Geschäftsjahr 1924/25 herausgegeben. In dem Bericht des Vorstandes wird hervorgehoben, daß die günstige Entwicklung auch nach Ablauf des Geschäftsjahres angehalten hat. Die neue Regelung der Stromtarife hat sich auf die Steigerung des Absatzes günstig ausgewirkt. Nach dem derzeitigen Stand der Bauarbeiten ist mit der Fertigstellung der Staumauer des Schwarzenbachwehrs, abgesehen von einigen Nebenarbeiten, bis Ende des laufenden Kalenderjahres zu rechnen. Da bis 10 000 PS-Speicherpumpe bereits aufgestellt ist, kann das Schwarzenbachweh dann den regulären Betrieb aufnehmen. Die Verhandlungen zur Beschaffung langfristiger Gelder für die Neubauten wurden noch nicht zu Ende geführt. Zum Zwecke des Ausgleichs zwischen Jahren mit günstiger und ungünstiger Wasserführung und für etwa zu erwartende außergewöhnliche Ausgaben wurde die Bildung eines besonderen Reservefonds notwendig. Der nach Vornahme von Rücklagen für Erneuerung und Erhaltung der Anlagen verbleibende Reingewinn von etwas über 2 Millionen Mark soll wie folgt verteilt werden: Gesellige Rücklage in den Reservefonds 101 272 M., 10 % Gewinnanteil aus 18 Millionen RM. 1,8 Millionen und Zuweisung an den Wohlfahrtsfond 100 000 M.

Schiedspruch in der Schmuckwarenindustrie

D. Pforzheim, 22. Juli. Seit 8 Uhr gestern nachmittag hatte die Polizeidirektion den Marktplatz mit großem Aufgebot abgesperren lassen, weil man Kundgebungen befürchtete, da im Rathaus der Schlichtungsausschuß für die Schmuckwarenindustrie tagte. Erst am späten Abend wurde ein Schiedspruch gefällt, der lautet: Der Mindestlohn an der Spitze beträgt ab 31. Juli 66 Pfg., ab 1. Aug. 68 Pfg. und ab 1. Sept. 69 Pfg. Die seitherigen Lohnvorstellungen bleiben bestehen. Die Altersgrundlage sieht jeweils 1 1/2 % über dem Mindestlohn. Die Regelungsentscheidungen werden im 3. und 4. Halbjahr um 1 Pfg., ab 5. Halbjahr um 2 Pfg. erhöht. Mahngelungen dürfen nicht stattfinden. Die Erklärung zur Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs ist bis zum Samstag, den 25. Juli, abzugeben. Am heutigen Mittwoch vormittag finden

von seiten der streikenden Arbeiterschaft Versammlungen und Abstimmungen über den Schiedspruch statt. Die Stadt war in den Abendstunden ruhig, in den Wirtschaften wurde lebhaft debattiert.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Kus der Erzbischof. Das Erzbischöfliche Ordinariat hat in einer Verfügung Stellung genommen zu dem Besuch von Tanzlokalen und Wirtschaften durch Schulpflichtige. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den staatlichen Verböten fortbildungspflichtigen Jugendlichen, gleichgültig, ob sie dem ersten, zweiten oder dritten Schuljahrgang angehören, der Besuch von Wirtschaften und Tanzlokalen ohne Begleitung der Eltern oder anderer Fürsorger verboten ist. Im Gegensatz hierzu ist die Beteiligung an Tanzstunden, Tanzkursen oder Tanzkonzerten, die für einen geschlossenen Teilnehmerkreis abgehalten werden, allgemein gestattet. Es wird aber darauf hingewiesen, daß diese Freiheit eine große sittliche Gefahr für die Jugend bedeutet und die Fürsorger werden angehalten, diese geschlossenen Veranstaltungen im Auge zu behalten und über etwa auftretende Mißstände sofort Bericht zu erstatten.

Der Verkehrsverein Karlsruhe nahm in seiner gestrigen Generalversammlung einstimmig 2 Entschlüsse an, die die Reichsbahnverwaltung ersuchen, möglichst bald zu verfügen, daß Sonntagsfahrkarten für alle gewöhnlichen und beschleunigten Personenzüge Gültigkeit haben und daß Kilometerzettel in ähnlicher Form wie früher wieder eingeführt werden.

D. Mosbach, 20. Juli. In der Zeit vom 8. bis 23. August findet hier eine Kreis-Jubiläumsausstellung für Handel, Handwerk und Industrie statt.

D. Pforzheim, 21. Juli. Einer der angesehensten Mitglieder und einer der bedeutendsten Industriellen von Pforzheim, Kommerzienrat Friedrich Kammerer, ist gestern nachmittag hier nach kurzem Krankenlager gestorben. Der Verstorbene hätte im nächsten Monat neben seinem 50 jährigen Geschäftsjubiläum auch die goldene Hochzeit begehen können.

D. Freiburg, 21. Juli. Vom Badischen Bauernverein Freiburg wird mitgeteilt: „Eine Kommission der führenden badischen Landwirte Schöpsles hat dem Badischen Bauernverein mitgeteilt, daß die Absicht bestünde, dort einen großen Bauernverein zu gründen, man habe sich an den Badisch. Bauernverein gewandt, da dieser in ihren Augen ein „glänzendes wirtschaftliches Unternehmen“ sei und man hätte beschlossen, eine „gleichmächtige Institution nach dem Vorbild des Badischen Bauernvereins zu schaffen“. Der Badische Bauernverein hat natürlich dem Wunsche entsprochen und Material hingefandt.

D. Konstanz, 20. Juli. Der Landtagsabgeordnete Anton Ziegelmaier, Oberkirch, der Vorsitzende des Verbandes der badischen Sparfassen, wurde unter einer sehr großen Anzahl von Bewerbern mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zum **Verwalter der Sparfasse Konstanz** gewählt. Ziegelmaier gehört der Zentrumsfraktion an.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	22. Juli		21. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.69	168.11	168.51	169.01
Kopenhagen 100 Kr.	87.39	88.09	89.58	89.78
Italien . . . 100 L.	16.43	15.47	15.49	15.58
London . . . 1 Pf.	20.390	20.911	20.390	20.911
New York . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.80	19.84	19.795	19.887
Schweiz . . . 100 Fr.	81.44	81.64	81.56	81.66
Wien 100 Schilling	59.056	59.195	59.062	59.202
Prag . . . 100 Kr.	12.425	12.465	12.43	12.47

Zustellung über 100 Prozent

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat August noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** tun, damit in der Abrechnung keine unliebsame Unterbrechung eintritt



BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G.M.B.H.
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR

5.504

Haushaltungsschule
des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz
Karlsruhe, Herrenstraße 39
Wiedereröffnung der Anstalt am **Dienstag, den 1. September 1925.**
An diesem Tage beginnen sowohl die **Haushaltungskurse für Internatalschülerinnen** als auch die **Kochkurse für Stadtschülerinnen**. Gleichzeitig soll der mit der Anstalt verbundene **Mittagstisch** wieder eröffnet werden. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen. **5.55**
Jede gewünschte Auskunft wird schriftlich oder mündlich erteilt durch den **Bad. Frauenverein vom Roten Kreuz, Kaiserallee 10**, oder die **Vorsteherin der Haushaltungsschule, Fräulein Wilhelm, Herrenstraße 39.**

Neue Näder
für Herren und Damen, sowie alle **Größen** erhalten Sie bei **Hb. Düringer, Kronenstr. 18** **Smalldiren**. **Genädeln** zum Preis von **25 Mark**. **Sameliche Reparaturen** übernehme ich bei promptester **Beienung**. **5.55**

Staatslotterie.
Die Erneuerung zur **Haupt- und Schlussklasse** der **25./251. Preuß.-Südd. Klassenlotterie** findet ab **Montag, den 20. Juli 1925** in meinen beiden Geschäften statt. **Schluß der Erneuerung 4. August 1925.**
Ich bitte im Interesse einer ruhigen Abwicklung die Erneuerung **möglichst bald** vorzunehmen, da erfahrungsgemäß der Andrang Ende des Monats und in der Woche vor der Ziehung am stärksten ist.
In der **Haupt- und Schlussklasse** werden **131 000 Gewinne und 2 Prämien mit insgesamt 29 139 400 RM.** gezogen.
Ziehung vom 11. Aug. täglich bis 31. Aug. 1925.
Höchstgewinn im günstigsten Falle **Mk. 2 000 000.—**
2 Prämien zu je **Mk. 500 000.—**
2 Gewinne " " " **500 000.—** **E 579**
2 " " " " **300 000.—**
2 " " " " **200 000.—**
2 " " " " **100 000.—**
und viele andere zu Mk. **75 000.—, 50 000.—, 25 000.—, 10 000.—, 5 000.—** usw.
Ich habe nur noch wenige Kauflose abzugeben
1/8 Mk. 15.— 1/4 " 30.— 1/2 " 60.— 3/4 " 90.— 1 " 120.— 2 " 240.—
Versuchen Sie Ihr Glück und eilen Sie, da die Nachfrage nach Losen sehr groß ist.
Zwerg vorm. Götz, bad. Lotterie-Einnehmer
Hebelstraße 11 **Karlsruhe** Waldstraße 38
Telefon 4828. Postscheckkonto 17 508.

Sieben erschienen:
Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden
Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/24
von
Adam Kemmele
Badischer Minister des Innern
In dem lebendig und anschaulich geschriebenen Buche wird in knapper zusammenfassender Form geschildert, wie Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden in den ebenso kritischen wie geschichtlich denkwürdigen Jahren 1914-24 vor sich gegangen ist
Preis gebestet **M. 5.50**, gebunden **M. 7.50**
Zu beziehen durch jede Buchhandlung
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.



Gas-Herde
auf Ratenzahlung innerhalb
12 Monate
gemäß den Bedingungen des Städtischen Gaswerks
Feinste Fabrikate bei billigsten Preisen **5.64**
Ph. Nagel
Haus- und Küchengeräte
Kaiserstraße 55

Einpolieren von Matrasen und Döschen u. sowie **Reinigung** besorgt reell u. billig **5.68**
Albert Gunk, Tapezier
Steinstraße 22

Singschule
des Bad. Konservatoriums für Musik.
Neuanmeldung von **Antängern für das Schuljahr 15. September 1925 bis 15. Juli 1926**
Mittwoch, den 22., Donnerstag, den 23. und Freitag, den 24. Juli, nachmittags zwischen 4 und 7 Uhr im Schulhaus Gartenstraße (Eingang Karlsruh.)
Aufnahme finden Kinder aus den 4. und 5. Klassen der Volksschule, aus den 7. u. 6. Klassen der höheren Mädchenschulen und aus Sexta und Quinta der Knabenmittelschulen. **E.587**
Satzungen sind zum Preis von 10 Pfg. bei der Anmeldung oder auf dem Sekretariat, Sofienstraße 43, erhältlich.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus
Morgen **Donnerstag, 23. Juli, abends 7 1/2 Uhr** **Erstaufführung der volkstümlichen Operette**
Das Musikantenmädels
von **Georg Jarro**
Billets von **M. 1.50-3.50** bei **F. Müller, Kaiserstr., Zigarren-Brunnen, Kaiseralle, Holzschuh, Werdstraße 48**, und an der **Tageskasse**. **5.548**
Freitag: Gräfin Mariza

Reanbahnung Streng reell **Gez. 1911**
Frau Rosa Morasch, Karlsruhe
Kaiserstr. 64 III **Teleph. 4299**

Druck G. Braun, Karlsruhe.